

Was sozial ist, schafft Arbeit!

Von Heiner Flassbeck

Es ist ein großes Unglück über Deutschland gekommen. Eine globale Krise hat unseren Wohlstand auf eine Weise dezimiert, wie es das Land seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht gesehen hat. Das gesamtwirtschaftliche Einkommen ist im ersten Quartal dieses Jahres genau auf den Wert zurückgefallen, den es im dritten Quartal 2005 schon erreicht hatte. Danach kam die große Koalition und mit ihr der Aufschwung. Die Krise macht somit die Wachstums-Bilanz dieser vier Jahre sehr einfach: Null!

Für das Jahr 2009 bedeutet das einen dramatischen Rückgang der Einkommen, der sich nur deswegen noch nicht voll in den Bilanzen und Portemonnaies niedergeschlagen hat, weil zumeist erst am Jahresende Gewinn-Bilanz gezogen wird. In der deutschen Industrie wird man dann feststellen, dass die Produktion und die dort erzielten Einkommen unter den Wert von 1991 gefallen sind.

Wer aber geglaubt hatte, dass eine solche, menschengemachte Katastrophe - nicht anders als der Einsturz eines Hochhauses in der Frankfurter Innenstadt - sofort zu einer hochnotpeinlichen Untersuchung der Ursachen der Krise führen müsste, ist verblüfft. Niemand denkt daran, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die sich nur der einen Frage verpflichtet fühlt: Wie konnte es dazu kommen? Außer ein paar nichtssagenden Floskeln über die amerikanische Geldpolitik oder das globale Über-die-Verhältnisse-Leben hat man nichts darüber gehört, wie der globalen Wirtschaft ohne äußere Einwirkung praktisch über Nacht die Statik abhanden kommen konnte. Niemand, der Verantwortung trägt, spricht ernsthaft über die Ursachen. Niemand, der die Trümmer beseitigt, sucht akribisch nach Indizien und Hinweisen auf die Urheberchaft.

Fürchtet man die Wahrheit?

Was ist geschehen? Kann die Politik die Krise nicht begreifen, oder will sie es gar nicht? Fürchtet man die Wahrheit? Ist den regierenden Politikern und den „Experten“ der Blick verstellt, weil sie Angst haben, Glaubenssätze zu erschüttern, die niemals erschüttert werden sollen? Wo ist der tiefgehende akademische Streit um die Ursachen? Fehlangeige. Offenbar wollen die Protagonisten der Marktwirtschaft den Kapitalismus um jeden Preis schützen, weil sie fürchten, dass die anderen ihn bei dieser Gelegenheit um jeden Preis zerstören wollen. Es ist wieder das alte Lied: Markt gegen Staat! Da schrauben die meisten Ökonomen die Bretter fest, und die Politiker wetzen in die Schützengräben. Auf der Strecke bleibt das kritische Denken. Auf der Strecke bleibt womöglich ein System, das tatsächlich schützenswert sein könnte, wenn wir denn endlich versuchen würden, es zu begreifen.

Martin Walser hat ... seine Version des Kapitalismus auf den Punkt gebracht, dass sozial ist, was Arbeit schafft. Das Handeln der Unternehmen ist in dieser Sicht nicht nur Gegenstand des Kapitalismus, es ist seine Richtschnur. Der Teil wird so zum Ganzen, Vielfalt wird zu Einfalt. Eine arbeitsteilige Marktwirtschaft ist nämlich mehr als die Summe ihrer Teile. Selbst wenn das Handeln der Unternehmen sein zentraler Gegenstand ist, emanzipiert sich volkswirtschaftliches Denken von der Logik des Unternehmens, weil es eine Logik des Ganzen schafft, die der einzelwirtschaftlichen häufig diametral entgegensteht.

Fundamental in Frage gestellt

Einzelwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Logik widersprechen sich schon da, wo die Arbeitsteilung beginnt. Die Entscheidung eines Individuums, nicht mehr in Autarkie seinen Lebensunterhalt bestreiten zu wollen, sondern sich mit anderen auf einen Vertrag zu einigen, bei dem alle einen Vorteil haben und einen Anteil am Ganzen erhalten, der den Bestand des Systems sichert, markiert diesen Punkt. Genau hier, bei der Entlohnung von Arbeit, wurde die arbeitsteilige Marktwirtschaft in den vergangenen fünfzehn Jahren in Deutschland mehr als anderswo fundamental in Frage gestellt.

Wohlgemerkt, man kann sich bei Vertragsfreiheit durchaus darauf einigen, unterschiedlich knappe Arbeit in absoluten Beträgen unterschiedlich zu entlohnen. Bei der Dynamik des Systems aber kann man sich der unternehmerischen Sicht der Dinge nicht mehr anvertrauen. Hier kommt der Bruch, der Einfalt von Vielfalt scheidet: In einzelwirtschaftlicher Sicht kann man durch Gürtel-enger-Schnallen die Krise zu überwinden suchen. Gesamtwirtschaftlich ist das aussichtslos, weil die Kosten des einen die Erträge eines anderen Unternehmens sind.

In einer Krise kann sich ein einzelnes Unternehmen mit seinen Mitarbeitern darauf verständigen, die Löhne zu senken, um Verluste zu vermindern, obwohl die Arbeiter keinerlei Schuld an der Krise tragen. Senkt man, wie Daimler das kürzlich getan hat, dadurch seinen Verlust um dreihundert Millionen Euro, steigt allerdings der Verlust der anderen Unternehmen um genau diesen Betrag, weil die Arbeiter von Daimler zehn Prozent weniger Einkommen erzielen und folglich zehn Prozent weniger zum Ausgeben für Güter der anderen Unternehmen haben.

Was sozial ist, schafft Arbeit!

Gesamtwirtschaftlich ist es auch sinnlos, die Arbeiter dazu zu bewegen, auf die Teilhabe an den gemeinsam erarbeitenden Zuwächsen des Systems, den Produktivitätsfortschritt, zu verzichten, wie das die deutsche Wirtschaftspolitik seit Mitte der neunziger Jahre getan hat. Weil geringere Löhne immer unmittelbar weniger Nachfrage nach den von Kapital und Arbeit gemeinsam erarbeiteten Gütern bedeutet, erreicht man damit weder mehr Beschäftigung noch eine Umverteilung hin zu den Investoren. Der Versuch, weniger sozial zu sein, scheitert an der inhärenten Logik der Marktwirtschaft, nicht an zu starken Gewerkschaften. Was sozial ist, schafft Arbeit!

Ein Land kann durch Lohnsenkung, also eigenes Unter-den-Verhältnissen-Leben, nur dann seine Situation kurzfristig verbessern, wenn es gelingt, andere Länder dazu zu bewegen, über ihre Verhältnisse zu leben. Das geht besonders leicht in einer Währungsunion wie der Euro-Zone, weil die Handelspartner nicht durch Abwertung ihrer Währung, sondern nur durch langwieriges und schmerzhaftes eigenes Gürtel-enger-Schnallen parieren können. Wiederum jedoch obsiegt die gesamtwirtschaftliche Logik: Weil der Verlierer im Standortwettbewerb seine Schulden nicht zurückzahlen kann und wegen dauernder Marktanteilsverluste aus dem Währungsverbund ausscheiden muss, geht mehr verloren als nur ein Handelsvorteil. Aber Standortwettbewerb klingt wie Wettbewerb und damit gut in den Ohren der einzelwirtschaftlichen Einfalt.

Wetten und Zocken

Wirklicher Wettbewerb freilich ist nicht Wetteteifer darum, wer seinen Bürgern größeres Leid abverlangen kann, sondern ist Wettbewerb um Ideen für neue Produkte oder neue Produktionstechnologien. Nur dieser Wettbewerb bringt in der Arbeitsteilung Investitionen hervor, von denen alle profitieren können. Arbeitnehmer und Kapitaleigner können ihre Lebensumstände einschließlich der natürlichen Lebensumstände verbessern, wenn sie bereit sind, sich mit den zwei Prozent Zuwachs zu bescheiden, die gut funktionierende Marktwirtschaften pro Jahr hervorbringen können.

Das wollen die Akteure an den Finanzmärkten aber nicht. Folglich hat das, was ein „Investmentbanker“ tut, gerade nicht mit Investieren, sondern mit Wetten und Zocken zu tun. Dabei kann wiederum immer nur ein Einzelner gewinnen, niemals alle. Nullsummenspiele produzieren nichts, selbst wenn es „Zockerherden“ immer wieder gelingt, dies durch Preisexzesse an Aktien-, Rohstoff- oder Währungsmärkten für ein paar Jahre zu verdecken. Kasinokapitalismus ist die explizite Aufkündigung eines arbeitsteiligen, der Marktwirtschaft impliziten Versprechens: Sparen, der Verzicht auf Konsum, ist nur sinnvoll, wenn der Schuldner verspricht, die Ersparnisse produktiv zu verwenden. Versprechen auf Wetten sind Lügen - nicht für jeden, aber für alle.

Hat der Kapitalismus eine Chance? Ja, aber nur, wenn wir beginnen, ihn zu begreifen. Wenn demnächst zusammen mit den von Entlassung bedrohten Arbeitern auch die richtigen Unternehmer und Investoren auf die Straße gehen und gegen die Zocker aufbegehren, gibt es eine Chance.